

Der Balkan - das totgeschwiegene Pulverfass

von Peter Orzechowski

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 21/2017

Der Balkan verbindet Nord und Süd, Ost und West. Er ist Europas Tor nach Asien, die Schnittstelle zur Neuen Seidenstraße. Schon jetzt hat China mit Albanien und Mazedonien Verträge zum Ausbau geschlossen. Zurzeit wird die Eisenbahnstrecke von der Adria zum Schwarzen Meer gebaut. Jetzt tobt hinter den Kulissen ein Kampf um die Einflusssphären. Doch unsere Mainstream-Medien schweigen darüber.

Mazedonien, das Zwei-Millionen-Einwohner-Land nördlich von Griechenland, ist eingerahmt von Albanien im Westen, Bulgarien im Osten und Kosovo und Serbien im Norden. Die Flüchtlingsroute von der Türkei über Griechenland geht durch Mazedonien weiter nach Serbien (und dann nach Ungarn) - ein Unruheherd, der jederzeit neu entflammt werden kann. Ein innerer Konfliktstoff ist die Zusammensetzung der mazedonischen Bevölkerung, denn das verarmte Viertel der Einwohner sind die Albaner. Da das Land in letzter Zeit die Verbindung mit den BRICS-Staaten sucht, ist es ins Fadenkreuz der USA geraten. Und postwendend fängt es in diesem zentral im Balkan gelegenen Land zu brodeln an:

- ❖ die Regierung auf die Straße. Mehrfach kommt es zu schweren Krawallen. Demonstranten werfen Steine und Brandsätze auf Regierungsgebäude. Ein Umsturz könnte die gesamte Region destabilisieren und womöglich die Flüchtlingskrise neu zuspitzen.

Russlands Einfluss zurückdrängen

Obwohl bei der vorgezogenen Parlamentswahl die Partei VMRO-DPMNE des Premiers Nikola Gruevski gewann, stellte sich der Westen auf die Seite der Protestierenden und des Chefs der Oppositionspartei SDSM, Zoran Zaev. Er solle eine neue Regierung bilden, fordern hochrangige Vertreter der EU und der NATO, denn er wolle auch die albanischen Parteien (in der sogenannten „*Tiraner Plattform*“) einbinden. Den wirklichen Grund für den angestrebten Regierungswechsel nennt der serbische Politologe *Dragomir Andjelkovic*:

- „Als *Gruevski* verstand, dass die russische Gaspipeline über Mazedonien eine große Chance für die Entwicklung des Landes ist und Mazedonien zum Teilnehmer des *Turkish Stream* bzw. der erneuerten Version von *South Stream* werden soll, begann der Prozess seines Sturzes - es kam zu Zusammenstößen zwischen den albanischen Extremisten und den Kräften des Innenministeriums in Kumanowo und es kam zu ernsthaften Finanzspritzen für die Opposition, wonach sich die Popularitätswerte *Zaevs* den Werten *Gruevskis* annäherten, obwohl der Oppositionelle noch vor Kurzem keine große Unterstützung der Mazedonier genoss.“



Moskau sieht in den Vorfällen einen »von außen inspirierten« Staatsstreich nach dem Muster des »Ukraine-Szenarios«. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei der Serben in Mazedonien, *Ivan Stoilkovic*, warnt, dass der Westen die mazedonische Politik in Abhängigkeit von den albanischen Parteien bringen will.

- „Damit wird die Grundlage für die Entfernung Mazedoniens von Serbien und zugleich das Verdrängen Russlands geschafft - angesichts der Tatsache, dass Moskau in den letzten Jahren ein bedeutender Wirtschaftspartner Skopjes wurde“, sagte Stoilkovic.

Symptomatisch ist, dass Mazedonien im vergangenen Jahr den Export nach Russland um 39,5 Prozent im Vergleich zum Jahr 2015 ausbaute, so die Angaben der Mazedonisch-russischen Handels- und Industriekammer. Laut dem serbischen Politologen *Aleksandar Pavic* wird der albanische Faktor in Mazedonien zur Verhinderung der Umsetzung der Projekte nicht nur mit Russland, sondern auch mit allen anderen geopolitischen Rivalen der USA genutzt. Ein Beispiel ist das chinesische Projekt zum Bau der *Schnelleisenbahnstrecke Thessalonik-Budapest*.

- „Die Instabilität in Mazedonien untergräbt die beiden Projekte. Die Allianz will, dass in Mazedonien möglichst schnell eine antimazedonische Regierung gebildet wird, wobei die Albaner ein Garant für die Umsetzung der Interessen Washingtons sind“, so Pavic.

Das wichtige arme Land

Ein weiterer Unruheherd ist Kosovo, das Armenhaus Europas. Seit seiner Unabhängigkeitserklärung von Serbien am 17. Februar 2008 hat das kleine Land, das halb so groß ist wie Hessen, nur verloren: Die Industrieproduktion wurde durch die Privatisierung und Globalisierung total ruiniert. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 50 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit bei weit über 60 Prozent. Dennoch wollen NATO und EU dieses strategisch wichtige Land unbedingt eingliedern, denn von dort aus kann das US-Militär die Ölströme vom ölreichen Nahen Osten nach Westeuropa kontrollieren.

Sofort nach dem Bombenkrieg gegen Serbien im Jahr 1999 beschlagnahmte das Pentagon ein etwa 400 Hektar großes Areal bei Uresevic in der Nähe der Grenze zwischen dem Kosovo und Mazedonien. Es beauftragte die *Firma Halliburton*, deren Vorstandsvorsitzender damals *Dick Cheney* war, dort das *Camp Bondsteel*, die größte europäische US-Militärbasis mit dem Spitznamen »*Little Guantanamo*« zu bauen. Dort sind heute über 7000 US-Soldaten stationiert.



Die aktuelle Regierung des Kosovo wirft Moskau vor, die Teilung des Kosovo nach dem Vorbild der Krim zu planen, Serbien aufzurüsten und damit die Sicherheit der Region zu gefährden. Deswegen will sie wie vor wenigen Tagen verlautete — eine eigene Armee aufstellen. Die Situation in Albanien ist ebenfalls explosiv, denn das Land wird von großen sozialen Problemen erschüttert. Armut, Korruption und

Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen schaffen einen fruchtbaren Boden für die innenpolitische Krise. Knapp dreimal so groß wie das Kosovo, wird das NATO-Mitglied derzeit von China gelockt. China ist der drittgrößte Handelspartner des Landes und will auch hier durch den Bau von Infrastruktur Einfluss nehmen. Die Zukunft wird zeigen, ob die NATO diesen Kurs Albaniens dulden wird.

Die Proteste nehmen zu

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in den frühen 1990er Jahren kamen in diesem Land nur zwei Parteien an die Macht: die links-zentristische Sozialistische Partei, oder die rechts-zentristische Demokratische Partei. Zwar gibt es in ihren Programmen kaum wirkliche Unterschiede, aber ihre Rivalität spitzt sich seit mehreren Monaten zu. Seit Februar boykottiert die Opposition (Demokratische Partei) die Arbeit des Parlaments, und am 24. April blockierten mehrere tausend Anhänger der Partei zahlreiche Autobahnen und verlangten den Rücktritt der Regierung. Für den 18. Juni ist in Albanien die nächste Parlamentswahl angesetzt, aber ihr Ausgang ist nach Auffassung der Opposition vorbestimmt.

Die Demokraten weigern sich, an der Wahl teilzunehmen, und verlangen den Rücktritt des aktuellen Kabinetts und die Bildung einer »*technischen*« Regierung mit einer kurzen Legislaturperiode, die eine freie und faire Parlamentswahl organisieren sollte. Wenn sich die Demokratische Partei für weitere Eskalationen entscheidet, wird die Wahl voraussichtlich ohne die Opposition stattfinden. Doch das käme einer weiteren Konfrontationsrunde gleich. Es wird also weiter heftig gezündelt auf dem Balkan und wer sich dem westlichen Einfluss widersetzt, der muss auch schon mal mit einem neuen *Maidan* rechnen.